

## KURZ UND PRÄGNANT

### Weiter Hungerlöhne

Mit dem Antrag von Sachsen-Anhalt für den Bundesrat, der die Thüringer Mindestlohninitiative massiv untergräbt, „ist das Thüringer Ansinnen in der Substanz zerstört“, kritisierte Bodo Ramelow. „Durch die Hintertür wird geradezu offensiv das Ziel der Initiative unterlaufen, Dumpinglöhne künftig zu verhindern.“ Die Begründungen seien „fadenscheinig“.

Faktisch würden das Ost-West-Lohngefälle wieder zum Gegenstand und „diskriminierenden Dumpingtarifverträgen Tür und Tor geöffnet“. Damit werde das mehr als zweifelhafte Geschäft von „gelben“ Gewerkschaften bzw. Pseudo-Gewerkschaften betrieben und „am Ende werden Niedriglöhne und Altersarmut für große Teile der Bevölkerung zementiert“.

Die Bundes-SPD solle endlich eine Antwort darauf finden, was sie eigentlich will. Kurt Beck sei die Thüringer Initiative zu schwammig, weil 8,50 Euro nicht festgeschrieben werden, und in Sachsen-Anhalt ebne man den Weg wieder für tarifliche Stundenlöhne von 3,80 Euro. „Solche Hungerlöhne widersprechen dem Grundsatz einer Arbeit, die Existenz sichernd ist. Daher bleiben wir bei der Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 10 Euro“, unterstreicht der LINKE Fraktionschef. ■

# Für Abschiebestopp

**LINKE und GRÜNE fordern Zurückweisung der Diskreditierung von Flüchtlingen**

**Die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen gemeinsam dem Landtag einen Antrag für einen Abschiebestopp von Roma vorlegen. Dazu wird auch eine Veranstaltung unmittelbar vor der Plenarsitzung für Dienstag, den 20. November, vorbereitet.**

„Wenn in Europa Menschen aufgrund existenzieller Angst fliehen müssen, weil sie der zumeist diskriminierten Minderheit der Roma angehören, ist konkrete Hilfe notwendig und nicht die Rabulistik eines Bundesinnenministers. Sie erinnert in gefährlicher Weise an die Debatte der frühen 90er Jahre, die zur Abschaffung des Rechts auf Asyl geführt hatte und von einer Vielzahl von Brandanschlägen und Übergriffen auf Flüchtlinge begleitet wurde“, so Sabine Berninger und Astrid Rothe-Beinlich in einer gemeinsamen Presseerklärung.

Seit Jahren weisen Nichtregierungsorganisationen darauf hin, dass die Angehörigen der Roma-, Ashkali- und Ägyptergemeinschaft zu den am stärksten benachteiligten Gruppen im Kosovo, aber auch in Serbien und Mazedonien gehören. Dies hat erhebliche Ausgrenzungen beim Zugang zu Arbeit, Bildung und medizinischer Behandlung zur Folge. Roma gehören in den Staaten der Balkanhalbinsel zu den Ärmsten der Armen. Zudem leben viele der von Abschiebungen bedrohten Flüchtlinge seit Jahrzehnten in der Bundesre-

publik, sind teilweise hier geboren. Für sie gibt es so gut wie keine Perspektive außerhalb von Deutschland. Neben der Forderung an die Landesregierung nach einem sogenannten Winterlass beantragen die beiden Fraktionen auch die Zurückweisung des Versuchs „der Diskreditierung von Flüchtlingen und der Bemühungen zur Einschränkung des Asyl- und Flüchtlingsrechts“.

### Angst um physische Existenz

„Die Einführung von so genannten Schnellverfahren sowie die Wiedereinführung der Visumpflicht für Serbien und Mazedonien stehen im vollkommenen Gegensatz zur Genfer Flüchtlingskonvention, wenn damit auf den mit dem bevorstehenden Winter verbundenen Anstieg von Flüchtlingen infolge der Angst um die physische Existenz reagiert werden soll“, so Sabine Berninger, migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Laut dem UN-Flüchtlingswerk kann Diskriminierung als Fluchtgrund gewertet werden, insbesondere dann, wenn sie dazu führt, dass eine Person nur mehr begrenzt in der Lage ist, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Das UN-Flüchtlingswerk stellt auch fest, dass rassistische Diskriminierung eine der deutlichsten Menschenrechtsverletzungen darstellt und folglich bei der Festlegung des Flüchtlingsstatus berücksichtigt werden muss. Die beiden Fraktionen erinnern an die humanitäre

Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland, Menschen in Not aufzunehmen. Diese Verpflichtung besteht umso mehr gegenüber den Roma. Erst kürzlich wurde in Berlin ein Denkmal für die in der NS-Zeit ermordeten Sinti und Roma eingeweiht.

„Die Diskriminierung der Angehörigen dieser Gruppe in weiten Teilen Europas ist auch heute alltägliche Realität. Die Angst ums Überleben infolge dieser Diskriminierung als ‚Wirtschaftsflucht‘ und ‚Asylmissbrauch‘ zu verunglimpfen und einige hundert Flüchtlinge ‚als massiven Zustrom‘ aufzubauchen, ist eine Ungeheuerlichkeit des Bundesinnenministers. Sie kann am deutlichsten mit der konkreten humanitären Hilfe für die flüchtenden Menschen zurückgewiesen werden“, so Astrid Rothe-Beinlich, migrationspolitische Sprecherin der bündnisgrünen Landtagsfraktion.

Im September war es zu einem Anstieg der Asylantragstellungen von Flüchtlingen aus Serbien und Mazedonien gekommen. Ihre Zahl bewegt sich dennoch auf niedrigem Niveau. So stellten 1.396 Flüchtlinge aus Serbien und 1.040 Flüchtlinge aus Mazedonien einen entsprechenden Antrag.

LINKE und GRÜNE bereiten eine Veranstaltung im Thüringer Landtag vor der Sitzung des Landtages vor. Mitglieder einer Delegationsreise nach Serbien werden am 20. November über die dort vorgefundene Lebenssituation der Roma berichten. ■



## EU-Bürger sollen mitwählen

Der Thüringer Justizminister, Dr. Holger Poppenhäger (SPD), war kürzlich Gast in der Fraktionssitzung der LINKEN im Landtag. Er informierte über das gegenwärtige Wahlrecht für EU-Bürger und regte Änderungen an. In Thüringen lebende Unionsbürger/-innen können bei Europa- und Kommunalwahlen (Gemeinden und Kreise) wählen (aktives und passives Wahlrecht), nicht jedoch bei Landtagswahlen. Der Justizminister schlägt vor, dass Unionsbürger/-innen, die mit Hauptwohnung in Thüringen gemeldet sind, künftig auch den Thüringer Landtag mitwählen können. Dazu sucht er das Gespräch mit den Landtagsfraktionen und wirbt für Unterstützung. Auch Koalitionsvereinbarungen in den Bundesländern Bremen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen enthalten bereits entsprechende Aussagen, wie Poppenhäger informierte.

In der LINKEN findet sein Vorstoß natürlich Zustimmung, heißt es doch im Parteiprogramm: „DIE LINKE setzt sich für das aktive und passive Wahlrecht für all jene ein, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.“ Die Diskussion mit dem Minister in der Fraktion war auch von den zahlreichen Gästen der Sitzung, Studierenden aus Erfurt und Jena, interessiert verfolgt worden. ■

## Informationsfreiheit statt Hürdenlauf

Im Vorfeld der Veranstaltung des Deutschen Journalistenverbandes zum Entwurf der Thüringer Landesregierung für ein überarbeitetes Informationsfreiheitsgesetz am 29. Oktober hatte die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Martina Renner, ihre Kritik an dem Entwurf als „bürgerfeindlich“ erneuert.

Zwar sei der vorliegende Entwurf besser als das derzeit gültige Gesetz. „Im Detail merkt man allerdings schnell, dass hier an vielen Stellen dem Informationsanspruch der Bürgerinnen und Bürger immer wieder Schranken und Hürden in den Weg gestellt werden“, sagte die Abgeordnete. Sie kritisierte dabei vor allem den nach wie vor vorhandenen Ausschluss von einzelnen Bereichen der öffentlichen Verwaltung vom Informationszugang, die fehlende Kostenfreiheit sowie die rechtswidrige Regelung, dass eine Nichtbearbeitung von Anträgen nach drei Monaten automatisch zur Ablehnung wird.

Als besonders problematisch bezeichnete es Martina Renner, dass die Mehrheit im Innenausschuss eine mündliche Anhörung mit Sachverständigen abgelehnt hat. „Von Veranstaltungen, wie der des Journalistenverbandes, erhoffen wir uns wichtige Impulse, tatsächliche Informationsfrei-

heit in Thüringen zu erlangen, die Transparenz nicht nur vorgaukelt“, betonte die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE.

„Der freie Zugang zu den bei öffentlichen Stellen vorliegenden Informationen soll drei Funktionen erfüllen. Erstens, die Möglichkeit, jederzeit Kenntnis der zu der eigenen Person gespeicherten Daten zu erlangen. Zweitens, die Kontrolle des Verwaltungshandelns, um schließlich zu einer Erhöhung der Akzeptanz für Behördenentscheidungen zu kommen, und drittens, mehr aktive Bürgerbeteiligung. Der vorliegende Regierungsentwurf wird diesem Anspruch nicht gerecht“, sagte Martina Renner und erinnerte an einen entsprechenden Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE zur Neugestaltung der Informationsfreiheit aus dem vergangenen Jahr.

Wie es in den Medien hieß, soll die überarbeitete Fassung des Thüringer Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) spätestens im Dezember vom Thüringer Landtag verabschiedet werden. Zurzeit befassen sich 22 Sachverständige – darunter Datenschützer, Gewerkschaften, Industrieverbände, Anwaltskammern – mit dem Gesetz. ■